

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1904

22.4.1904 (No. 143)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 22. April.

№ 143.

1904.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einzugsgebühr: die gepaltene Zeitungs- oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Anverlangte Druckfachen und Korrespondenzen werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keine Verantwortung für irgendwelcher Vergütung.

Amtlicher Teil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 9. April d. J. gnädigst geruht, an Stelle des verstorbenen Oberlandesgerichtsrats Franz Grimm und des zum Landgerichtsdirektor in Mannheim ernannten Oberlandesgerichtsrats Rudolf von Woldeke die Oberlandesgerichtsräte Karl May und Dr. Nathan Stein zu Mitgliedern des Kompetenzgerichtshofes zu ernennen.

Mit Entschliessung des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten vom 19. April d. J. wurde Ober-Postpraktikant Albert Martin aus Emmendingen in einer Bureaubeamtenstelle I. Klasse bei der kaiserlichen Ober-Postdirektion Konstanz angestellt.

Mit Entschliessung Großh. Generaldirektion der Staatsbahnen vom 14. April d. J. wurde Betriebsassistent Emil Bauer in Mannheim nach Pfullendorf versetzt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Rafoczy.

Während die Ungarn durch den plötzlich in Szene gesetzten Eisenbahnerstreik in wirtschaftliche Nöten versetzt worden sind, bringt ihnen ein kaiserliches Handschreiben an den Ministerpräsidenten eine freudige Ueberraschung. Der Kaiser hat den ungarischen Ministerpräsidenten beauftragt, sich mit der Frage der Heimbeförderung der sterblichen Reste Franz Rafoczy's II., die seit mehr als anderthalb Jahrhunderten in Konstantinopel ruhen, zu beschäftigen, und ihm hierüber Vorschläge zu erstatten. Die Bedeutung dieser kaiserlichen Entschliessung für Ungarn kann nur dann ermessen werden, wenn man sich die Gestalt Franz Rafoczy's II. und die Rolle in Erinnerung ruft, die er in der ungarischen Geschichte gespielt hat. Ein Sohn Franz Rafoczy's I., der ein Hauptteilnehmer der angeblichen Franzepan-Verschönerung war, und der Helene Krini, einer Tochter jenes Peter Krini, der in Wiener-Neustadt auf dem Blutgericht endete, wurde er der Mittelpunkt des großen Kampfes, der im letzten Jahrzehnt des achtzehnten Jahrhunderts zwischen Ungarn und dem Hause Habsburg geführt wurde und unter dem Namen des Rafoczy'schen Freiheitskrieges bekannt ist. Entsprungen aus den Protestantenbedrückungen und aus den wirtschaftlichen sowie sozialen Zuständen, in welchen sich Ungarn und insbesondere die Klasse der Leibeigenen zu jener Zeit befand, hat sich diese Bewegung zu einem Kampf um die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit Ungarns und Siebenbürgens entwickelt, an dessen Spitze Franz Rafoczy II. trat, der den Krieg gegen Oesterreich mit Unterstützung Ludwigs XIV. von Frankreich mit wechselndem Glück führte. Auch ihm drohte das Geschick seines Großvaters, als er im Jahre 1701 als Gefangener nach Wiener-Neustadt eingeliefert wurde. Das Blutgericht, das ihm zur Flucht zu verhelfen sollte, wurde schon zusammengekehrt, als es seiner Gemahlin, der Herzogin Charlotte Amalie von Gessen-Rheinfels gelang, ihm zur Flucht zu verhelfen. Seit jenen Tagen ist Franz Rafoczy II. der ungarische Nationalheld geworden, um dessen Gestalt sich die Traditionen der alten ungarischen Freiheitskämpfe der Krutruhen weben. Das kaiserliche Handschreiben an den Ministerpräsidenten Grafen Tisza entspringt einer wahrhaft vornehmen Gesinnung. Da der Kaiser den Schleier der Vergessenheit über näher liegende Geschehnisse gebreitet hat, vermag er in um so höherem Maße jene Gegensätze und Mißverständnisse, die sich vor mehr als zwei Jahrhunderten unter seinen Vorfahren aus dem Hause Habsburg ereigneten, mit ruhiger Objektivität und mit abgeklärtem Blick als rein historische Erscheinungen und Entwicklungen zu betrachten. So wird auch für ihn Franz Rafoczy II. zu einer nationalen Gestalt, und da er sich eins fühlt mit den Gefühlen der ungarischen Nation für ihre geschichtlichen Größten, so versteht und würdigt er auch das Gefühl der Väter, mit der Ungarn die Heimbeförderung der Reste Rafoczy's II. wünscht und fordert, um ihr auf ungarischem Boden die letzte Ruhestätte zu bereiten. Die Entschliessung des Kaisers entspringt aber nicht bloß einer vornehmen Gesinnung, sie ist zugleich eine kluge politische Tat. Die Gestalt Franz Rafoczy's II. ist in Ungarn höchst volkstümlich, und der letzte ungarische Bauer kennt seinen

Namen von jenem populären Marsche, den im fernsten Dorfe der braune Zigeunerbusche fidelet. So gemahnt der Entschluß des Kaisers einigermassen an den Entschluß Louis Philipps, den Wunsch des französischen Volkes zu verwirklichen, und die Gebeine des großen Gegners seines Hauses, Napoleon I., von Sankt Helena nach Frankreich zurückzubringen und in dessen Hauptstadt beizusetzen. Ungarn hat eine Periode großer und schwerer politischer Kämpfe hinter sich, und es läßt sich nicht behaupten, daß diese tiefgreifenden Kämpfe, die ganz Ungarn aufwühlten und manchmal eine kritische Wendung zu nehmen drohten, sich stets unter strenger Beobachtung jener parlamentarischen Marine abgepielt hätten, daß die Krone nie in den Kampf hineingezogen werden dürfe. Diese Periode der Irrungen und Mißverständnisse ist beendet, und am Abschlusse derselben erscheint es klug und zweckmäßig, zu dokumentieren, daß, wie es in dem Handschreiben Kaiser Franz Josephs heißt, zwischen König und Nation das gegenseitige Vertrauen wieder hergestellt ist und jene volle Harmonie herrscht, die aus der Uebereinstimmung der Gefühle und der Solidarität der Anschauungen entspringt.

Die Geschäftsverschleppung im preussischen Abgeordnetenhaus.

Δ Berlin, 20. April.

Beschlüsse des Seniorenkongresses des preussischen Abgeordnetenhauses lassen deutlich erkennen, wie mißlich die Geschäftslage des Landtages ist. Bis zur Pfingstwoche kann höchstensfalls nur die erste Lesung der dem Abgeordnetenhaus vorliegenden Gesetzesentwürfe stattfinden. Man hofft dann in der für die Plenarberatungen in Aussicht genommenen Pause die Kommissionsarbeiten so zu fördern, daß, abgesehen von den wasserwirtschaftlichen Vorlagen, alles gesetzgeberische Material für die Beschlußfassung im Plenum spruchreif wird. Selbst wenn, was keineswegs sicher ist, diese Absicht erreicht wird, dürfte es kaum möglich sein, in den drei Wochen bis Ende Juli, also nach Abrechnung der Schwereinstage in fünfzehn Sitzungstagen die zweiten und dritten Lesungen der sämtlichen in Rede stehenden Gesetzesentwürfe zu erledigen. Es handelt sich schon bei dem jetzt in Beratung zu nehmenden Material um ein solches Pensum, daß man für die ersten Lesungen mindestens zehn Sitzungstage vorsehen mußte. Dazu kommt der gesamte, während der Etatsberatung vorbereitete gesetzgeberische Stoff, darunter Fragen so unfruchtbarer Natur, wie das Ausführungs-gesetz zum Reichsfeuer-Gesetz und die Ueberwachung elektrischer Anlagen. Wenn auch das Herrenhaus parallel arbeitete, dürfte man sicher bis in den Juli hineinkommen, wenn man in dem jetzigen Tagungsabschnitte, abgesehen von den wasserwirtschaftlichen Vorlagen, die gesetzgeberischen Arbeiten in der Hauptsache zu Ende führen will.

Wie man es anfangen soll, die wasserwirtschaftlichen Vorlagen zu erledigen, ohne die Zeit in Anspruch zu nehmen, die für die nächste Tagung frei bleiben muß, wenn in dieser größere gesetzgeberische Aufgaben, wie das Schuldnotationsgesetz und die Novelle zum Gesetz über die Einteilung der Wahlkreise, gelöst werden sollen, scheint man im Seniorenkongresse des Abgeordnetenhauses überhaupt noch nicht zu wissen. Daß die Lösung des Problems schwierig ist, erhellt am besten aus der Tatsache, daß man an ein Auskunfts-mittel von so ausnahmsweiser Natur, wie das gedacht hat, bei förmlicher Vertagung des Landtags bis zum Herbst durch besonderes Gesetz die Kommission zu ermächtigen, in der Zeit der Vertagung ihre Arbeiten zum Abschluß zu bringen, damit dann in einer kurzen Nachsitzung auch dieses Hauptstück des gesetzgeberischen Pensums unter Dach gebracht werden kann.

Diese Schwierigkeit in der Geschäftslage rührt, wenn auch nicht ausschließlich, so doch in der Hauptsache von der langen Dauer der Etatsberatungen her. Diese erstreckt sich über vier Monate der Session, und zwar so ausschließlich, daß daneben nur für ein Minimum von ersten Lesungen und für keinen einzigen Schwereinstag Zeit war. Man darf sich aber auch darüber nicht täuschen, daß, wenn die übermäßige Ausdehnung der Etatsberatungen andauert oder gar noch das bisherige Tempo weiter verlangsam wird, die Schwierigkeit sachgemäßer Gestaltung der parlamentarischen Kampagne sich zu einem chronischen Uebel auswachsen wird, das für das Ansehen

des Parlamentarismus leicht gefährlich werden kann.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 20. April.

Abg. Gröber (Zentr.) erklärt, bei dieser Angelegenheit sei gewiß zu erwägen, erheben, woher kommen die Mittel zur Deckung der gesteigerten Ausgaben? (Die vom Reichsschatzamt vorgelegte Uebersicht über die künftigen Reichsfinanzen ergebe für die nächsten 10 Jahre ein durchschnittliches Defizit von 100 Millionen); zweitens müßte man erwägen, ob der Bundesrat geneigt sei, wenn der Gesekentwurf noch in dieser Session verabschiedet werden soll, eine Vertagung einzutreten zu lassen.

Abg. v. Derges (Reichsp.) und Abg. Werner (Wirtschaftl. Vereinigung) schließen sich den Forderungen der Interpellation an.

Abg. Graf Oriola meint, der Bundesrat hätte sich wohl bis März über die im Dezember ihm unterbreitete Hauptvorlage über das Landheer schlüssig machen können.

Nach einer Bemerkung des bayerischen Generalleutnants von Endres wird die Besprechung der Interpellation geschlossen.

In der fortgesetzten zweiten Beratung des Etats brachte Abg. Graf Oriola zu dem Spezialetat über den Reichsinvalidenfonds eine Resolution ein, betreffend Revision des Gesetzes von 1895 über den Reichsinvalidenfonds, wonach Beihilfen an die Kriegsteilnehmer aus den allgemeinen Reichsmitteln entnommen werden sollen, und eine Bestimmung eingefügt wird, wodurch den dringend bedürftigen Personen des Unteroffiziers- und Mannschafstanges des Heeres und der Marine eine Beihilfe zuteil wird, die an dem Feldzuge 1870/71 oder an den Kriegen vor 1870 teilgenommen haben.

Abg. Graf Oriola begründet darauf seine Resolution.

Staatssekretär Frhr. v. Stengel: Mit den 11½ Millionen Mark für Veteranenbeihilfen, die in dem Etat des Reichsschatz-amtes eingestellt sind, können wir noch 7192 Beihilfen mehr bedeuten, als zu Beginn des Jahres 1904 bedürftige Veteranen ermittelt worden sind. Wir dürfen also hoffen, für 1904 auskommen zu können. Wenn es noch nicht der Fall sein sollte, so werden jedenfalls innerhalb acht Tagen sämtliche Kriegsveteranen, die als bezugsberechtigt anerkannt sind, sich im Gesuche der Beihilfe befinden. Gegenwärtig sind noch vorhanden etwa 600 000 Kriegsteilnehmer, die keine Invaliden-pension und keine Unterstützung aus dem Allerhöchsten Dispositionsfonds bekommen. Wenn nun der Etatsentwurf für 1904 für 95 833 Kriegsveteranen die Beihilfe vorsieht, so ist das ein Sechstel der gesamten in Betracht kommenden Kriegsteilnehmer. Die Resolution fordert die Unterstützung der Bedürftigen ohne Rücksicht auf den Grad der Erwerbsfähigkeit. Aus Anlaß des Antrages Nisler haben Erhebungen stattgefunden über die finanzielle Tragweite, wenn auch solche Veteranen die Beihilfen erhalten sollten, deren Erwerb-sfähigkeit unter ein Drittel herabgesetzt würde. Die Mehrzahl der Regierungen haben diese Ermittlungen für unzulässig erklärt, bei den andern ergab sich die Erhöhung des gegenwärtigen Aufwands, die zwischen 20 und 100 Prozent schwankt. Ich überlasse die Beschlußfassung über die Resolution dem Hause. Ich kann jedenfalls zusichern, daß die Verbündeten Regierungen sie einer wohlwollenden Prüfung unterziehen werden.

Abg. Grünberg (Soz.) hält es für die größte Undankbarkeit, daß das Reich nicht besser für die Veteranen Sorge.

Reichsschatzsekretär Frhr. v. Stengel bezeichnet die Bemerkung Grünbergs als unzutreffend, daß 60 000 Kriegsteilnehmer bis 1909 ohne Beihilfen bleiben würden.

Abg. Ruberski (Pole) meint, anderswo sei das Reich um die Ehre zu schützen, bereit, Millionen zu verpulvern, in dieser Frage aber scheine der Bundesrat kein Gefühl für die Würde des Reiches zu haben. Es sei so weit gekommen, daß sich das Deutsche Reich von den Polen an seine Ehrenpflicht mahnen lassen müßte.

Abg. Arendt (Reichsp.) erklärt, finanzielle Gründe dürften gegen die Forderung der Resolution nicht vorgebracht werden.

Abg. v. Oldenburg (kons.) spricht seine Freude aus, daß die Parteien sich auf gemeinsamen Boden zusammengefunden haben.

Nach weiterer Debatte wird die Resolution Oriola, mit dem Antrag Arendt (in Ziffer 2 von den Worten „dringend bedürftigen Personen“, das Wort „dringend“ zu streichen) einstimmig angenommen. Die Resolution lautet:

„Der Reichstag wolle beschließen: Die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, das Gesetz vom 22. Mai 1895 wegen Abänderung des Gesetzes vom 23. Mai 1873, betreffend die Gründung und Verwaltung des Reichsinvalidenfonds, einer Revision zu unterziehen, und baldigt dem Reichstag einen Gesekentwurf vorzulegen, nach welchem 1. die für die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer erforderlichen Beträge aus allgemeinen Reichsmitteln entnommen werden; 2. die Bestimmung des Artikels 1 Ziffer 3 des Gesetzes vom 22. Mai 1895, gemäß welcher nur solche Kriegsteilnehmer, die sich wegen dauernder gänzlicher Erwerbsunfähigkeit in unterstützungsbedürftiger Lage befinden, Beihilfen erlangen können, beseitigt und durch eine Bestimmung ersetzt wird, durch welche allen denjenigen der Unterstützung (dringend) bedürftigen Personen des Unteroffiziers- und Mannschafstanges des Heeres und der Marine eine Beihilfe zuteil wird, welche an dem Feldzuge von 1870/71 oder an den von Deutschen Staaten vor 1870 geführten Kriegen ehrenvollen Anteil genommen haben und nicht durch Artikel 3 § 2 des Gesetzes vom 22. Mai 1895 ausgeschlossen sind; 3. die Beihilfe den

zu ihrem Bezüge als berechtigt anerkannt sofort nach ihrer Anerkennung und vom Tage derselben an auszubehalten wird; 4. die Witwen der Weisensammler für drei Monate nach dem Tode des Ehemanns die Beihilfe fortzubehalten."

Bei der Beratung des Etats für die Expedition nach Ostasien erklärt Abg. Bayer (Deutsche Sp.): Durch die von der Budgetkommission gemachten Abträge sei der Etat für die Expedition noch nicht auf das erforderliche Maß zurückgeschraubt. Das Expeditionskorps müßte nicht zu einer dauernden Einrichtung werden.

Staatssekretär Frhr. v. Nitzsch: Von einer Passivität der Regierung in der Zurückberufung der ostasiatischen Truppen kann nicht die Rede sein. Sie hat die 20 000 Mann starke Truppe auf 4800 und dann auf 2600 Mann reduziert. Ich bestätige, daß die Brigade nicht etwas Dauerndes, sondern etwas Temporäres ist. Die Bemerkungen des Vorredners enthalten übrigens die Rechtfertigung dafür, daß die Regierung im vorigen Jahre die Brigade nicht vermindert hat.

Abg. v. Nitzsch-Dambsdorf (kon.) meint, die Besetzung in Ostasien habe die große Aufgabe zu erfüllen, die Selbständigkeit Chinas zu sichern.

Abg. Südekum (Soz.) hält die Dotierung des vorliegenden Etats für äußerst luxuriös. Durch das Vorhandensein der Besatzungsbrigade würde die Neutralisierung Chinas eher gefördert, als gefährdet.

Staatssekretär Frhr. v. Nitzsch: Es besteht keinerlei staatsrechtlicher Zwang, die Okkupationsbrigade in der Stärke zu erhalten, in der sie sich gegenwärtig befindet. Es besteht eine Verabredung der militärischen Kommandanten über die Stärke der Truppen, und sie geht von der Voraussetzung aus, daß die Gesamtstärke vorhanden ist, um die Okkupation zu ermöglichen. Wenn der Vorredner einen rein dekorativen Zweck annimmt, so meine ich doch, die Brigade dort hat sich im letzten Jahre gut bewährt. Ohne sie wäre an einen Aufenthalt von Fremden in Tschili jetzt wohl nicht zu denken. Den Wunsch, daß die Okkupationsarmee möglichst bald zurückgezogen wird, hat das ganze Haus, aber den Rat, sie jetzt zurückzuführen, gibt auch Herr Bayer nicht. Hätten wir im vergangenen Jahre die Truppen reduziert, dann hätten wir uns den Vorwurf gefallen lassen müssen, daß wir den Gang der Ereignisse in keiner Weise vorhergesehen haben.

Abg. Kaasche (natl.) führt aus: Für den gegenwärtigen Zeitpunkt sei eine Verringerung der Besatzungsbrigade nicht zu denken. Das schließt aber nicht aus, daß nach der Pazifizierung unsere Truppen von dort zurückgezogen und die Verwaltung des Gebietes der Marine übertragen werde.

Abg. Ledebour (Soz.) fordert sofortige Zurückziehung der Brigade.

Staatssekretär Frhr. v. Nitzsch erklärt, der Vorredner erwarte meine Ausführungen für bedeutungslos. Es hat also keinen Zweck, ihm zu erwidern.

Hierauf wird die Weiterberatung auf morgen vertagt. Schluß halb 7 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

* Berlin, 21. April.

Präsident Graf Balkeström eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Das Haus setzt die Etatberatung beim Etat für die Expedition nach Ostasien fort.

Die Budgetkommission nahm an den Forderungen für den Personalbestand Streichungen von 1 1/2 Millionen vor. Es liegt ein Antrag Spahn und ein weiter gehender Antrag Normann vor, durch Verringerung der sachlichen Ausgaben einen Teil der gestrichenen Forderungen an Offizieren und Mannschaften wieder herzustellen. Eine Reihe von Positionen wird nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Der Kriegsminister bittet, beim Titel Besoldung von Offizieren und Mannschaften die Regierungsvorlage wieder herzustellen. Sinécuren werden dadurch nicht geschaffen. Es handle sich um durchaus nötige Offiziersstellen. Ebenso nötig sei die Beibehaltung des Bekleidungsdepots. Auch die Stellen bei der Bauverwaltung seien nicht zu entbehren, da die chinesischen Unternehmer nicht zuverlässig genug seien. Die Kulis müßten jeden Tag entlohnt werden, da sie sonst verhungerten. Gegenüber der gestrigen Kritik Südekums über das Nachziehen der Familien von Offizieren und Beamten nach China, legt der Kriegsminister dar, es handle sich hier um ältere Offiziere und Beamte. Es sei wohl anzunehmen, daß man ihnen im fremden Lande unter schwierigen Dienstverhältnissen das Familienleben gestatten könne.

Abg. Südekum ist der Ansicht, daß es ja freiwillige Offiziere seien. Wenn sie sich von ihren Familien nicht zu trennen vermögen, sollen sie sich nicht dorthin kommandieren lassen. Die Gefahr eines großen Familientrofes hat sich bei Kofbach genügend erwiesen.

* Berlin, 20. April. Die Budgetkommission des Reichstages berät den Gesetzentwurf, betreffend Änderungen im Finanzwesen des Reichs. Staatssekretär Frhr. v. Stengel bemerkt zu den Materialien, die er der Kommission gemäß dem früher angenommenen Antrag Müller-Fulda zu stellt, dieselben stellen nur unter Vorbehalt aufgestellte Wahrscheinlichkeitsberechnungen dar. Die finanziellen Folgen der Militärpensionsnovelle, des Zolllarifs usw. seien keineswegs jetzt voranzuführen. Die Bearbeitung des Materials habe nur das Bewußtsein der Notwendigkeit der Finanzreform verklärt. Er werde keine ganze Kraft einsetzen, um die Finanzverhältnisse des Reichs zu bessern. Es handle sich hier nicht um Aufhebung der Kontributionsbeiträge. Die Frage nach den Mitteln zur Herstellung des Gleichgewichts sei schwer zu beantworten. 1904 werde die Weintraubensteuer eine den Voranschlag weit übersteigende Einnahme ergeben. Das Schatzamt werde eine erneute Prüfung der Frage der Verringerung der Weinsteuern bei den Verbündeten Regierungen beauftragen. Die Frage der Heranziehung des Stärkezuckers zur Verfeinerung begegne Bedenken. Er bestritt, daß die Finanzreformvorlage irgendwie Schmälerungen des Budgetrechts des Reichstages bedeute. Er erörterte sodann die voraussichtlichen Mehrforderungen des nächsten Jahres. Jetzt sei ein Defizit von 100 Millionen Mark zu verzeichnen. Die Nahrungsmittelzölle seien für Witwen- und Waisenversorgung festgelegt, wie man den Rest des Defizits decke, sei zweifelhaft. Er hätte die Vorlage zu prüfen, da sie innerhalb zehn Jahren der dritte Versuch sei, und wenn dieser scheiterte, sicher kaum ein neuer erfolgen werde. Kaasche spricht über die Vorlage seine Befriedigung aus; Müller-Fulda schloß sich an. Der sächsische Finanzminister habe die Hoffnung ausgesprochen, daß er zum letzten Male Pa-

trikularbeiträge gezahlt habe, was solle dann an ihre Stelle treten? Schon fordere man in Sachsen eine Flottengroßmacht. Als Mittel zur Durchführung der Reform blieben nur die Kontributionsbeiträge oder neue Steuern, sonst sei § 3 der Vorlage unannehmbar. Nächste Sitzung morgen.

Die Mittelmeerreise des Kaisers.

(Telegramm.)

* Catania, 21. April. Gestern wurden zahlreiche, kostbare Blumenarrangements auf der „Hohenzollern“ abgegeben. Am Nachmittag begab sich im Auftrage des Kaisers Oberstmarschall Fürst zu Fürstenberg und Adjutant Clebius in Begleitung des Profindaco zum Denkmal des Komponisten Bellini und legten dort einen Kranz mit den deutschen Farben nieder. Eine beim Denkmal aufgestellte Kapelle spielte beide Hymnen. Das Publikum brachte Ovationen dar. Zur Abendtafel beim Kaiser sind geladen der Präsekt, der Profindaco, die höheren Offiziere, Fürst Manganelli und der deutsche Bizekonsul.

Der Aufstand in Deutsch-Südwestafrika.

(Telegramm.)

* Berlin, 21. April. Aus Windhof wurden unterm heutigen Tage noch nachträglich folgende Todesfälle in der Kolonne Glajenapp aus Okaharui gemeldet: Von der 4. Kompanie des Seebataillons Einjährig-Gefreiter Johannes Schmidt am 10. April infolge der bei Okaharui erlittenen Verwundung; Unteroffizier Max Kissig am 11. an Typhus, Seesoldat Franz Dietrich am 14. an Herzschwäche; von der 1. Kompanie des Seebataillons Seesoldat Gustav Selke am 11. infolge der bei Okaharui erlittenen Verwundungen. Vom Ersatztransport Winkler Reiter Alois Wolff am 15. an Herzschwäche. Aus obiger Nachricht geht hervor, daß die Kolonne Glajenapp am 15. April in Onjatu stand und inzwischen weitere Gefechte nicht stattgefunden haben. Ferner wird gemeldet, daß am 20. April ein Transport von 42 Kranken der Kolonne Glajenapp unter Führung des Hauptmanns a. D. Fromm in Windhof eingetroffen ist.

Der Ausstand der Eisenbahnangestellten in Ungarn.

(Telegramm.)

* Budapest, 21. April. Aus der Provinz trafen gestern Delegierte der Eisenbahnangestellten zu der hier stattfindenden Versammlung ein. Ein Teil derselben wurde beim Eintreten verhaftet und wird auf dem Bahnhofs von Militär und Polizei beobachtet, um eine etwa beabsichtigte Zerstörung des Bahngeländes zu verhindern. Die Ausständigen entsandten eine Abordnung zum Ministerpräsidenten. Sie machen ihr weiteres Verhalten von der Antwort abhängig, die sie von ihm erhalten. Die Lebensmittel steigen im Preise. 500 Eisenbahnangestellte, die aus Piume eintrafen, wurden verhaftet, die Arbeiter in den Werkstätten des Bahnhofs erklärten sich mit den Ausständigen solidarisch. Nach einer polizeilichen Mitteilung bemängelten sich 750 Angestellte in Biatorbajozsines eines Zuges und leiteten ihn hierher. Bei der Ankunft wurden sie von der Polizei in Empfang genommen. Ein Strafverfahren wurde eingeleitet. Die Drahtverbindung zwischen Budapest-Marchegg und Budapest-Jolna ist unterbrochen, da die Ausständigen die Telegraphen und die Fenster demolierten. Im Abgeordnetenhaus erklärte der Handelsminister bezüglich des Ausstandes der Eisenbahnangestellten, es sei die erste Pflicht der Regierung, den Verkehr aufrecht zu erhalten. Man sei deshalb bereit, die Ausständigen, falls sie unverzüglich zu ihrer Pflicht zurückkehren, wieder aufzunehmen. Seien sie nicht dazu geneigt, werde die Regierung Mittel finden, den Betrieb nichtestoweniger ohne Störung abzuwickeln. (Beifall rechts.)

* Budapest, 21. April. Im Laufe der Beratungen zwischen dem Abgeordneten Börs und dem Streikomitee trugen die Ausständigen ihre Forderungen vor. Abgeordneter Börs suchte um Mitternacht den Handelsminister auf und führte dann zur Fortsetzung der Beratung zurück. Ueber den Verlauf der Konferenz wird folgendes bekannt: Abg. Börs teilte mit, daß die Regierung geneigt sei, den Ausständigen volle Strafflosigkeit zu gewähren. Die Abhaltung der morgen einberufenen Landesversammlung werde gestiftet und der Gesetzentwurf über die Gehaltsregelung bis nach Abhaltung einer zweiten Landesversammlung verschoben werden. Die Regierung sei auch geneigt, die Gründung eines Landesverbandes der Eisenbahnbeamten zu genehmigen und werde über die Regelung des Dienstes Vorschläge machen. Die Forderung der im Mai auszuzahlenden Zulage soll bewilligt werden. Die Mitglieder des Streikomitees erklärten, daß sie von diesen Mitteilungen Kenntnis nehmen, jedoch keinerlei Garantie für die Beendigung des Streiks übernehmen könnten. Wie ferner verlautet, war ein Teil des Streikomitees geneigt, für die Annahme dieser Bedingungen einzutreten; die Mehrzahl erklärte aber, der morgen stattfindenden Versammlung diese Bedingungen nicht unterbreiten zu können. Sie verlangten die Bewilligung sämtlicher in dem Memorandum von 1901 aufgestellten Forderungen. Zahlreiche Eisenbahnangestellte, die in den benachbarten Sälen versammelt waren, bestimmten die zeitweise aus der Konferenz zurückgekehrten Komiteemitglieder, keinesfalls nachzugeben, da das Komitee sonst durch den Unwillen der Ausständigen hinweggefegt würde. Unter dem Eindruck dieser Erklärung beschloß auch die Minorität des Komitees alle Forderungen aufrecht zu erhalten. Die Konferenz dauerte heute früh 3 Uhr 30 Min. noch fort.

* Budapest, 21. April. Die Direktion der Staatsbahnen hat für den Fall der Fortdauer des Ausstandes folgende Maßnahmen getroffen: An sämtliche Truppenkommandos des Landes ist der Befehl ergangen, sich unbedingt den Weisungen der Betriebsleitung zur Verfügung zu stellen. Auf allen Stationen wird demnächst Militär konfigniert, welchem die Aufgabe zufällt, die Stationsgebäude und Dienstapparate, hauptsächlich aber die Telegraphen- und Telephonverbindungen zu sichern und die Arbeitswilligen gegen die Ausständigen zu schützen. Bei der Direktion sind gestern und heute hunderte von Telegrammen von Bahnbeamten eingetrof-

fen, die ihre Dienste anbieten. Infolgedessen hat die Direktion die Hoffnung, daß schon morgen wenigstens ein teilweiser Verkehr aufgenommen werden kann. Es wird beabsichtigt, auch das Kornenburger Eisenbahn- und Telegraphenregiment zum Eisenbahndienst heranzuziehen. In diesem Falle könnte schon am Freitag der Betrieb auch mit Schnellzügen wieder aufgenommen werden. In Ermangelung von Lokomotivführern wird das ganze Ingenieurkorps der Eisenbahner, dessen Angehörige sämtlich geprobte Lokomotivführer sind, sowie zahlreiche andere sachkundige Beamte der Betriebsleitung und der Direktion zum Dienst als Lokomotivführer herangezogen werden. Mit diesen Lokomotivführern und mit den Mannschaften des Eisenbahn- und Telegraphenregiments hofft die Direktion der Staatsbahnen, den Verkehr auch im Falle der Fortdauer des Ausstandes in kürzester Zeit auf sämtlichen Strecken wieder aufnehmen und sicherstellen zu können.

Verträge über Marokko

(Telegramm.)

* London, 20. April. Unterhaus. Gibson Bowles fragt die Regierung, ob sie unterrichtet sei, über irgend ein kürzlich getroffenes Abkommen betreffend Marokko zwischen Frankreich und Deutschland oder zwischen Spanien und Deutschland oder zwischen Frankreich und Rußland. Ferner, ob die Regierung unterrichtet sei von dem Bestehen eines Übereinkommens zwischen Frankreich und Spanien, wonach diese Mächte sich verpflichten, in gewissen Fällen ihre militärischen Streitkräfte zu vereinigen und Spanien die Verpflichtung einzutreten, auf Verlangen Deutschlands die Häfen an der atlantischen Küste Marokkos zu verpacken.

Ministerpräsident Balfour erwidert: Wir haben keine Information, die uns dazu führen könnte, an die Existenz irgend eines der erwähnten Abkommen zu glauben.

Gibson Bowles fragt, ob die Regierung an Frankreich oder Spanien eine darauf bezügliche Frage gerichtet habe.

Balfour antwortet: So viel ich weiß, wurden keine Anfragen von uns gestellt an die betreffenden Mächte in bezug auf ein Vertragsinstrument, von dem wir keinen Grund haben anzunehmen, daß es in Wirklichkeit existiert.

Der russisch-japanische Krieg.

Vom Kriegsschauplatz.

* Port Arthur, 21. April. Wie sich herausgestellt hat, war der Kreuzer „Bayan“ am 13., als er den Torpedobooten zu Hilfe kommen wollte, gezwungen, sich in die nächste Nähe des japanischen Geschwaders zu begeben. Ein Hagel von feindlichen Granaten fiel auf ihn nieder, ohne ihm jedoch zu beschädigen. — Die beiden Deutschen, dem russischen Hauptquartier attacheden Marineoffiziere sind hier eingetroffen.

* St. Petersburg, 20. April. Ein Telegramm des Generaladjutanten Kuropatkin an Seine Majestät den Kaiser lautet: Wie General Kaschtalinski berichtet, war es am 19. April am Jalu ruhig. Gegenüber Solufi und weiter oberhalb führen die Japaner Erdbevestigungen auf. Die Zahl der japanischen Truppen nimmt zu. Sie ziehen sich nach Widschu zusammen. Gleichzeitig rückten sie längs des Jalu nach Norden weiter. Richter von japanischen Kriegsschiffen wurden von Kosakoposten in der Bucht von Tsin-taiffi, gegenüber dem Dorfe Potinfa, 25 Werst westlich von Tatungou, bemerkt. Die Schiffe steuerten in einer Entfernung von ungefähr 50 Werst vor die Küste. Wie General Kaschtalinski meldet, sind japanische Schiffe bei Sontschon gesehen worden.

* Seoul, 20. April. Die japanischen Behörden geben zu, daß beständig Vorpostengefechte am Jalu stattfänden, aber erklären auch, daß kurzzeit keine entscheidende Aktion gefallen sei. Nachrichten über einen Zusammenstoß würden jederzeit erwartet. Man schätzt die Russen am Jalu auf 50 000 Mann.

* Nintschwang, 20. April. Acht Berichterstatter und Vertreter von hervorragenden englischen, französischen, italienischen und amerikanischen Zeitungen erhielten unverwartete Erlaubnis, nach Mukden zu gehen, und verließen gestern die Stadt. Es sind dies die ersten Berichterstatter, die seit Ausbruch des Krieges zu den russischen Truppen zugelassen wurden.

* St. Petersburg, 20. April. Die Russische Telegraphenagentur teilt zu der Reuter-Nachricht von dem Rücktritt Alejejew mit, daß offiziell nichts bekannt ist.

* London, 20. April. Unterhaus. Auf eine Anfrage erklärt der Unterstaatssekretär des Heeres, Earl of Percy: Eine russische Zirkularnote an die Mächte wurde uns am 15. April zugestellt. Sie unterliegt jetzt der Beratung. Die Note behandelt folgenden Gegenstand: Generalgouverneur Alejejew erklärte, daß, wenn neutrale Dampfschiffe, die auf der Höhe der Küste der Halbinsel Awantung oder innerhalb der Zone der militärischen Operationen der russischen Seestreitkräfte festgenommen werden und Korrespondenten an Bord haben, die dem Feinde Nachrichten mit Hilfe von verbesserten Apparaten zugehen lassen, deren Verwendung in der Konvention, welche diese Materie behandelt, nicht vorgehoben sei, die Fälle solcher Korrespondenten als Fälle von Spionage behandelt und die Schiffe, welche mit Apparaten für drahtlose Telegraphie ausgerüstet sind, als rechtmäßige Preisen angesehen werden sollen.

* Paris, 21. April. Der „Matin“ erfährt aus Tokio, daß die japanischen Reeder seit dem Ausbruch des Krieges 16 ausländische Dampfer mit einem Tonnengehalt von zusammen 44 000 Tonnen angekauft haben.

Großherzogtum Baden.

* Karlsruhe, 21. April.

(Im allgemeinen Kirchensteuervorschlag der evangelisch-protestantischen Landeskirche) für die Jahre 1905/1906 werden die ordentlichen Ausgaben auf jährlich 2 092 092 M., die außerordentlichen auf jährlich 40 000 M. festgesetzt. Aus Einnahmen von vorhandenen kirchlichen Kasfen werden gedeckt 1 468 366 M., ungedeckt bleiben und sind auf dem Wege der

Besteuerung aufzubringen 623 726 M. Erhoben wird von 100 M. Kapitalrentenkapital 1 Pf., von 100 M. Grund-, Säuer-, Gefäß- und Gewerbesteuerkapital 1,5 Pf., von 100 M. Einkommensteueranschlag 20 Pf. Die Erträge der evangelischen Kirchensteuer sind fortgesetzt sehr günstig. Es haben sich Heberträge ergeben im Jahre 1898 93 260,22 M., im Jahre 1900 66 823,99 M., im Jahre 1903 85 320,20 M., so daß auf 1. Januar 1904 ein rechnermäßiger Hebertrag von 700 104 M. 85 Pf. vorhanden ist.

P. (Revisoren des Vereinszollgesetzes.) Das Reichshausamt beschäftigt, einer Revision des Vereinszollgesetzes vom 1. Juli 1869 näher zu treten. Zu diesem Zwecke erscheint es angezeigt, die auf Änderung des geltenden Gesetzes gerichteten Wünsche des an der Angelegenheit beteiligten Industrie- und Handelsstandes in tunlichst weitem Umfange festzustellen und zu sammeln, wobei aber die zu dem Gesetz erlassenen umfangreichen Ausführungsbestimmungen einzuwickeln aus der Erörterung auszuscheiden sollen. Die Handelsämter ersucht deshalb alle Interessenten, ihr etwaige Wünsche nach Änderung des Vereinszollgesetzes mit eingehender Begründung möglichst bald, spätestens aber bis Ende Mai l. J., zu unterbreiten. Ein Exemplar des Vereinszollgesetzes liegt im Bureau der Handelskammer zur Einsichtnahme auf.

— (Erster Kammermusikabend.) Mit ganz besonderer Vergnügung und Freude begrüßte man den gestern Abend im Musiksaal veranstalteten ersten Kammermusikabend der Herren Professor Cornelius Kühner (Klavier), Kammermusiker Bühlmann (erste Violine), Hofmusiker Koch (zweite Violine) und Lauberer (Viola) und Herrn Wally Lamping (Violoncello), umso mehr, da man für diese Saison schon mit dem Gedanken sich vertraut gemacht hatte, daß unsere Stadt nun auch keine Kammermusikvereinigung mehr besitzen, und die Pflege dieser edlen und vornehmsten musikalischen Kunstgattung nun ebenso brach gelegt sein wird, wie ehemals das regelmäßige Studium unserer herrlichen Chorwerke und Oratorien, welches, wie ja bekannt, jahrelang auf die unerwartetlichste Weise vernachlässigt wurde. Die fünf Herren, welche für das schöne Unternehmen sich zusammengetan haben, sind alle gewiegte, und auf ihre Tüchtigkeit erprobte Künstler, deren Namen in der Chronik unseres Musiklebens einen hervorragenden Platz einnehmen und für einen vollwertigen Einsatz ihrer besten Kräfte zur Lösung ihrer hohen Aufgabe auch volle Bürgschaft leisten. Wir zweifeln auch nicht im geringsten daran, daß diese Kammermusikabende in den maßgebenden Kreisen das Publikum die richtige Anteilnahme anregen werden. — Das Programm wurde eingeleitet mit dem überaus prächtigen G-dur-Quartett von Mozart, dessen monumentale Wiedergabe den Ausführernden die lebhaftesten Bewunderungen eintrug. Auch die von den Herren Lamping und Kühner vorgetragene Sonate für Violoncello und Klavier von Benedetto Marcello erlangte einen wohlverdienten Erfolg. Wunderschön wurde das als Schlußnummer gewählte Trio op. 32 von Mendelssohn gespielt, eine interessante Komposition im feinen Salonstil, welche warm in der Empfindung und im Vortrag ungemein klar gehalten ist. Die Herren Kühner (als Vertreter der brillanten Klavierstimme), Bühlmann (Violine) und Lamping (Cello) durften für die Reproduktion dieser Novität allseitig warmste Anerkennung entgegennehmen.

* (Deutscher Werkmeisterverband.) In diesem Jahre darf der Deutsche Werkmeisterverband auf ein 20jähriges Bestehen zurückblicken. Am 1. April 1884 war es ein kleines Häuflein, das sich zur Gründung eines Deutschen Werkmeisterverbandes aufmachte und heute, nach 20jährigem Bestehen, zählt der Verband 42 000 Mitglieder. Durch den Tod verlor der Verband in dieser Zeit 6597 Kollegen und 4782 Frauen bzw. Witwen. An Sterbefällen wurden an die Hinterbliebenen, Witwen und Waisen, 4 260 534 M. ausbezahlt; außerdem kamen 816 376 M. beim Tode der Ehefrau zur Auszahlung. 1 169 261 M. wurden an hilfsbedürftige Kollegen, 1 604 913 M. an bedürftige Witwen und 41 196 M. an Waisen verausgabt. Außer diesen ganz ansehnlichen Beträgen war der Verband noch in der Lage, ein Vermögen von 5 Millionen Mark anzusammeln. Es ist das gewiß ein sicherer Beweis dafür, was Selbsthilfe aufzubringen vermag, um das Los des Nächsten zu mildern. Hierbei sind noch nicht unbegriffen die lokalen Leistungen der einzelnen Werkvereine, welche für ihre eigenen Mitglieder teilweise Kranken- und Alterskassen, als auch lokale Witwen- und Waisenkassen usw. führen, um auch ihrerseits die Mitglieder möglichst vor Notlagen zu schützen.

* (Frankfurter Rückversicherungs-Gesellschaft.) Die Generalversammlung am 19. April genehmigte die vorgelegte Jahresrechnung und Bilanz pro 1903 und beschloß, dem seitens der Verwaltung gestellten Antrag gemäß, die Rechnung des 296 783,49 M. betragenden Reingewinns wie folgt: Der Kapitalertrag werden überweisen 14 639,17 M.; als Dividende gelangen 180 000 M., d. i. 15 M. auf jede Aktie, zur Auszahlung, während nach Dotierung der Beamtendenkmalen mit 10 000 M. der Dividendenrücklage 68 395,10 M. zugeführt werden. An Stelle des verstorbenen Aufsichtsratsmitgliedes, Herrn Geh. Kommerzienrat Max von Guaita, dessen großer Verdienst um die Gesellschaft der Vorsitzende mit warmen Worten gedachte, wurde Herr Generalkonsul von Goldschmidt-Rothschild in den Aufsichtsrat berufen. Die turnusgemäß auscheidenden Aufsichtsratsmitglieder Herren Rudolph Andrae und Robert Flerßheim wurden wiedergewählt und zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1904 gewählt die Herren Otto Hauck, Karl von Grunelius und Dr. Gustav von Brüning als Revisoren, und die Herren Max Scherbius und Alexander Majer als Ersatzrevisoren.

£ (Zirkus M. Schumann.) Die Bedürfnisfrage in Betreff gelegentlicher Zirkusvorstellungen ist gestern wieder einmal in durchaus bejahendem Sinne gelöst worden. Der wegen seiner tüchtigen Leistungen rühmlichst bekannte Zirkus Schumann, der hier auf dem Mesplatz für 10 Tage seine Zelte aufgeschlagen hat, konnte gestern seine Produktionen gleich vor ausverkauftem Hause oder vielmehr vor dicht besterter Menge mit einer von höchstem Beifall aufgenommenen Eröffnung-Galaborsstellung beginnen. Alles, was geboten wurde, machte einen ganz vortrefflichen Eindruck. Tüchtiges Personal, tadelloser Pferdematerial, vorzügliche Dressur lassen die einzelnen Vorstellungen als Musterleistungen erscheinen. — Auch die komischen Intermezze des Clowns und des großartigen „dummen Augustus“ unterhalten aufs Beste und bieten nebenbei vielerlei Lebenswertes. Im einzelnen erwähnen wir für heute nur die Vorstellungen der sizilianischen Tiergänger „Nido und Nido“, der 10 thätigen Pantomimen, der 12 Trakehner Rapphengste, des Fahnenwerfers „Cincinnati“ und der englischen Wollblutpferde „Wellgunde“ durch Herrn Direktor Max Schumann. Mit der „Wellgunde“, einem prächtigen Tiere, führt Herr Schumann die bisher nie gesehene, wirklich sensationelle Vaguettspringe aus (zu badisch etwa: Strichhopen zu Pferde). Mademoiselle Feodora ist eine wunderbar graziose elegante und sichere Schreitlerin und Miß Billis eine sehr geschickte Gruesqueretterin. Als Jockeys leisten ganz Hervorragendes die Herren William, Ernst und Oskar Schumann, sowie der amerikanische Jockeier Madigan. Petroff auf seiner Farm, mit dressierten Schweinen, Hunden, Katzen und einem Hül ist eine sehr lustige Nummer. Mr. Pearson als Jongleur mit seinem Diener John liefert gleichfalls die schönsten Tricks. Die russische Gesangsgruppe Donatoff, die akrobatischen Pierrots (Gebrüder Douffet), die Clowns

Girardi und Armandus und nicht zum mindesten der „beste dumme August“ Olschansky ergänzen das Programm aufs Beste. Der Besuch des Zirkus ist sehr zu empfehlen.

▲ (Aus dem Polizeibericht.) Dienstag Vormittag 11 1/2 Uhr ist in einem Hause der Kaiserstraße ein kleiner Kammerbrand entstanden, der aber von den Hausbewohnern selbst wieder gelöscht werden konnte. — Am Montag Vormittag ist an der Kreuzung der König- und Belkinstraße ein 14jähriger Radfahrer verunglückt. Derselbe wollte vor einem ihm entgegenkommenden Lastfuhrwerk ausweichen und als dies nicht ging, sprang er vor den Pferden noch vom Rad ab und flüchtete auf einen dort lagernden Sandhaufen, von dem er aber abtrübselt und unter das Hinterrad des Wagens geriet, wobei er sich an den Oberarmen und Händen starke Quetschungen zuzog. Der Verunglückte wurde ins Diakonissenhaus verbracht. — Am Montag, den 18. d. M., stürzte ein 2 1/2 Jahre altes Kind in der Augustenstraße in einen mit heißem Wasser gefüllten Kessel und verbrühte sich beide Arme und die Brust derart, daß dasselbe gestern nachmittag infolge der Verletzungen starb. — Mittwoch Vormittag wurden hier zwei Fahrräder gestohlen, und zwar das eine, ein neues, fettenloses, Marke Dürkopp, im Werte von 280 M., mit der Polizeinummer 7513 Karlsruhe aus dem Rathaushofe und das andere, Marke Kaiser Friedrich, mit der Polizeinummer 1342 Durlach, im Werte von 90 M., vor dem Schulhause in der Gartenstraße. — Verhaftet wurden: ein Steuerbeamter aus Aibling in Bayern und ein aus Durlach gebürtiger Rodellschreiner und Tanzlehrer hier, wegen Vergehens gegen § 176 Ziffer 3 R.St.G.B.

* Seibelsberg, 21. April. Von unserer Großh. Landessternwarte auf dem Königsstuhl sind wieder astronomische Entdeckungen zu melden. Hofrat Professor Dr. Max Wolf fand auf dem Wege der Himmelsphotographie zwei bisher unbekannt Planeten. Derselben gehören der 12.5. Helligkeitsklasse an und stehen nahe dem Äquator im Sternbild der Jungfrau.

X Baden, 20. April. Vor fast ausverkauftem Hause wurde heute Abend im hiesigen Theater zum ersten Male Verdis euaftige Oper „Otello“ gegeben, und zwar mit durchschlagendem Erfolg. Herr Fritz Nemon in der Titelrolle und Frau Ida Robinson als Desdemona wurden nach jedem Akt durch reichen Beifall und Hervorrufe ausgezeichnet.

Freiburg, 18. April. In Fortsetzung der am Freitag abgehaltenen Beratung des Bürgerausschusses kam heute zunächst die Vorlage des Stadtrats zur Verhandlung, wonach die Errichtung einer Knabenbürgerschule, welche in der mit Sälen reich ausgestatteten neuen Realschule untergebracht werden soll, im Prinzip zu genehmigen sei, wogegen die Kostenfrage, das zu erhebende Schulgeld u. a. m. erst unmittelbar vor Eröffnung der neuen Realschule zur Verhandlung kommen soll. Nach einer langen und lebhaften Debatte wurde der Antrag des Stadtrats mit mäßiger Mehrheit angenommen. — Ein weiterer Gegenstand betraf die Rechtsverhältnisse am Gewerbebad. Es handelt sich dabei um einen Vertrag der Stadtverwaltung mit der Kruggenossenschaft der Wertheimer und den einzelnen Mitgliedern der Krug (den Eigentümern der Wasserwerke), durch welchen eine Streitfrage zum gültigen Austrag gebracht wird, die schon seit mehreren Jahrzehnten bestand. Der Gegenstand derselben, der Gewerbebad, reicht urkundlich in seinem Bestande bis in die Anfänge der Stadt hinauf; es ist mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß der Kanal gleichzeitig mit den ersten Ansiedelungen am Fuße des Schloßbergs entstanden ist. Um endlich einen Zustand der Ordnung und Rechtssicherheit herbeizuführen, und einen langwierigen, durch die Wertheimer drohenden Prozeß vorzubeugen, hat die Stadt in dem Vertrag einen Teil ihrer alten Ansprüche aufgegeben. Durch denselben wird das Eigentum der Stadt am Bad anerkannt, andererseits erkennt die Stadt die bestehende Gewerbe- und Benützungrechte an, worüber nähere Einzelbestimmungen vereinbart sind. Die Genehmigung erfolgte einstimmig. — Ein sehr wichtiger Gegenstand der heutigen Tagesordnung betraf die Erbauung einer Fahrstraße vom Karlsplatz auf das Jagdhäusle. Die Straße wird sich in einer Ausdehnung von beinahe 3 Kilometer in fast durchgehend mäßigem Gefälle aus der Mitte der Stadt nach dem herrlichen Aussichtspunkte des im städtischen Besitz befindlichen „Jägerhäusle“, einer sehr beliebten Gartenwirtschaft, hinziehen und eine so bedeutende weitere Zierde der Stadt werden, daß sie von ähnlichen Anlagen anderer Städte nicht leicht übertroffen werden dürfte. Außerdem soll die mit dieser Bergstraße in Verbindung stehende, auf den Hirzberg führende Jünnenalstraße in besseren Zustand versetzt werden. Weitere großartige Unternehmungen, die unser Stadtgebiet immer mehr einem umfangreicheren Verkehr zugänglich machen sollen, sind für die Zukunft ins Auge gefaßt. Die heutige Vorlage erfordert einen Kostenaufwand von 322 000 M. Die Vorlaae fand allseitige Zustimmung. Die zahlreichen weiteren Gegenstände der Tagesordnung bieten außerordentlich Interessantes.

* Kleine Nachrichten aus Baden. Die Stadt Offenburg zählte dem „Dr. Voten“ zufolge am 1. April d. J. 16 790 Einwohner. — In Bräunlingen brannte das Wohnhaus des Fährers Weinger nieder. Die Brandursache ist unbekannt. — In Schweningen (N. Willingen) brannte das als Fabriklagerhaus der Firma Ranthe angebaute Wohnhaus nebst dem Schopf vollständig nieder. — Der Werkmeisterverband Technikerverband und der deutschnationale Handlungsgewerkschaften hielten am Samstag in Konstanz eine gemeinsame Sitzung ab, befaßte sich mit der Einigung an den Bundesrat wegen Ausdehnung der Versicherungsgesetze auf Privatbeamte. — In Weisheim (Amt Waldshut) brach in dem mit Stroh und Schindeln gedeckten Anwesen der Josef Gamp Witwe dieser Tage Feuer aus, welches auch das Anwesen des Schreiner Alois Hilpert ergriff und beide Gebäude einschichtete. Der Witwe Gamp verbrannten 500 M. Geld. Es wurde sofort Brandstiftung vermutet und der Täter in der Person des 17 Jahre alten Josef Hilpert, Sohn des brandbedingten Schreiners Alois Hilpert, ermittelt und sogleich in Haft genommen. Derselbe hat die Tat bereits eingestanden. — Im Rathaussaal in Baden-Baden wird am 8. Mai d. J. die 15. Hauptversammlung des Vereins badischer Finanzbeamter stattfinden.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* München, 21. April. Seine königliche Hoheit Prinz Ludwig von Bayern ist von seiner Reise nach dem Kaiser eingeladen worden, die Tausche des kleinen Kreuzers „M“ auf der Werft in Bremen zu vollziehen. Der Prinz wird sich zu diesem Zwecke am 30. April nach Bremen begeben.

* Wien, 21. April. Zu Ehren des Prinzen und der Prinzessin von Wales fand gestern in der Hofburg ein Ball statt.

* Wien, 20. April. Der Rektor der Universität erhielt eine Anrede an die Studierenden, worin der deutsche Charakter der Wiener Universität betont und entschieden erklärt wird, jedem Versuche entgegenzutreten, der darauf abzielt, diesen Charakter zu verlieren. Wer die Universität Wien besiege, übernehme die Pflicht, diesen ihren

deutschen Charakter anzuerkennen und zu wahren. Sollten die Studierenden die Ruhe und Ordnung an der Universität fördern, so würden die strengsten Strafen, nötigenfalls Verweisung von allen österreichischen Universitäten, verhängt werden.

* Brüssel, 21. April. Die Zivilkammer verkündete das Urteil in dem von den Gläubigern der Prinzessin Luise sowie von der Prinzessin Stefanie (Gräfin Longay) auf Nichtigerklärung des Testaments des Königs angestrenzten Prozesse. Das Gericht weist die Parteien kostenpflichtig ab und stellt fest, daß der Heiratsakt von 1853 ein diplomatischer Vertrag sei und der Nachlaß der Königin auf Grundlage der Gütertrennung zu regeln sei.

* London, 20. April. Unterhaus. Der Minister des Innern brachte eine Vorlage betreffend Erteilung von Lizenzen für den Verkauf berausender Getränke ein. Danach soll in Fällen, wo die Erneuerung der Lizenz infolge Verneinung der Bedürfnisfrage verweigert wird, der Inhaber der Lizenz aus einem Fonds entschädigt werden, der durch eine abgestufte Steuer auf die konzessionierten Lokale zu bilden ist. Die Entscheidung der Behörden, wonach die Lizenz als unrichtig verweigert wird, bedarf der Bestätigung durch das Obergericht. Die erste Lesung der Vorlage betreffend Erteilung der Lizenzen für den Verkauf berausender Getränke wurde mit 314 gegen 147 Stimmen angenommen.

* Lissabon, 21. April. Angesichts der unter der Minorität der Abgeordnetenkammer herrschenden Erregung, unterzeichnete der König nach Anhörung des Staatsrates ein Dekret, wodurch das Parlament aufgelöst wird. In der Abgeordnetenkammer stand das Budget für 1904/05 und in der Pairskammer das Jahresbudget des Meeres zur Beratung. Für die Abgeordnetenwahlen wurde ein neuer Zeitpunkt festgesetzt. Die neuen Cortes treten am 29. September zusammen.

* Stockholm, 21. April. „Aftenbladet“ meldet, die Verhandlungen wegen einer gemeinsamen Neutralitäts-Erklärung der drei nordischen Reiche seien zu einem günstigen Abschluß gelangt. Die Bestimmungen würden Ende des Monats veröffentlicht werden.

* Bloemfontein, 21. April. Zu der im Bezirk Lydenburg erfolgten Verhaftung von sieben des Hochverrats angeklagten Burgers teilt die „Post“ auf Grund von Angaben eines vornehmen Afrikaners mit, eine lebhafte revolutionäre Bewegung bestehe, deren Leiter drei in Großnamakaland wohnende Kommandanten seien. Diese sollen eine geheime Gesellschaft gegründet haben, nach deren Sturz jeder seiner Mitglieder begangene Verbrechen mit dem Tode bestraft wird. Die „Post“ bemerkt dazu, als bedeutungsvoll, daß transvaalische Freiwillige in großer Zahl rüsten und Transportmittel mieten.

Verschiedenes.

† Ewinmünde, 21. April. (Telegr.) Der norddeutsche Dampfer „Gries“ mit einer Ladung Kohlen von Schwansen nach Stettin bestimmt, ist im Kattegat infolge Kollision gesunken. Die 16 Mann starke Besatzung soll ertrunken sein.

† Hamburg, 21. April. Der Senat ließ der Bürgerschaft einen Antrag zugehen betreffend Erbauung eines Tunnels unter der Elbe zwischen St. Pauli-Safeninsel-Steinwärder. Die Kosten sind auf 8 200 000 M. veranschlagt.

† München, 20. April. Das Landgericht hob heute nach mehrstündiger Sitzung die am 8. Januar 1904 erfolgte Beschlagnahme der Zeitschriftennummer des Simplicissimus auf.

† Turin, 21. April. Ueber das Lawineneunglück bei Pragelato wird von gestern gemeldet: Der Lawinesturz ereignete sich gestern mittag, als Minenarbeiter wegen der Lawinengefahr in Trupps in die Ebene flüchten wollten. Nur 25, die in einer Schutzhütte eingeschlossen waren, konnten sich nach zweistündiger Arbeit befreien. Es sollen gegen 80 Personen verschüttet sein. Später wurden nur vereinzelte Personen halbverrückt aus den Schneemassen hervorgezogen. Die Schneedecke liegt mehrere Meter hoch. Stürme und Lawinengefahr erschweren die Rettungsarbeit. Der Schnee ist so hart, daß die Soldaten und Arbeiter mit Haden, statt Schaufeln arbeiten.

† Turin, 21. April. Durch den Lawinesturz bei Pragelato wurden 88 Arbeiter verschüttet. Wieser wurden 26 Leichen und 9 Lebende geborgen. 132 Soldaten sind mit den Rettungsarbeiten beschäftigt. 40 Soldaten von den Alpenregimenten werden erwartet.

† Briançon, 21. April. In der Nähe des Alespaffes an der französisch-italienischen Grenze ist gestern eine Militärkaserne durch einen Lawinesturz zerstört worden. Ein Soldat des 26. Alpenjägerbataillons ist ums Leben gekommen.

Wetter am Mittwoch, den 20. April 1904. Ewinmünde, Aachen, Meß und Chemnitz heiter; Hamburg, Neufahrwasser, Breslau und München ziemlich heiter.

Wetternachrichten aus dem Süden, vom 21. April 1904, vormittags 7 Uhr. Triest bedeckt 14 Grad; Sizilien wolfig 10 Grad; Florenz bedeckt 11 Grad; Rom wolfig 12 Grad.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrologie vom 21. April 1904.

Barometrische Maxima lagern heute über dem Innern Russlands und westlich von den britischen Inseln und zwischen beiden hindurch zieht sich über Mitteleuropa hinweg eine Furche niedrigen Druckes, welche flache Minima über Italien und über Süddeutschland aufweist; gleichwohl ist es fast überall heiter und nur in Osterrreich-Ungarn regnet es. Wenig bewölkt und untertags warmes Wetter mit Neigung zur Gewitterbildung ist zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

April	Barom. mm	Therm. in C.	Nöf. Feucht. in mm	Feuchtigkeit in %	Wind	Himmel
20. Nachts 9 ⁰⁰ U.	746.3	10.7	6.6	70	NE	heiter
21. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	748.1	8.0	5.6	69	NE	"
21. Mittags 2 ⁰⁰ U.	747.8	17.8	5.8	38	"	"

Höchste Temperatur am 20. April: 17.6; niedrigste in der darauffolgenden Nacht 6.0. Niederschlagsmenge des 20. April: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 21. April: 4.97 m, gefallen 10 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

